

1. Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz.

9. Dezember 1946.

In der heutigen Sitzung des Nationalrates wurden die folgenden
Anfragen eingebracht:

64/J

A n f r a g e

der Abgeordneten H a c k e n b e r g, F r ü h w i r t h und Genossen an den
Bundesminister für Inneres,
betreffend Abänderung des Vereinsgesetzes.

-.-.-.-

In der Zeitung "Österreichische Volksstimme" vom 8.12.1946 wurde
mitgeteilt, dass die Polizeidirektion Wien und die Bezirkshauptmannschaft
Baden in einem Erlass auf eine Notverordnung vom 13.3.1933 hingewiesen haben,
die Abweichung von den gesetzlichen Bestimmungen aus der demokratischen Zeit
der ersten Republik verlangt, dass Versammlungen spätestens 7 Tage vor ihrer
Abhaltung der Behörde anzuzeigen sind. In der gleichen Zeitung wurde mitge-
teilt, dass diese Verordnung durch die Polizeidirektion Wien mittlerweile
zurückgezogen wurde.

Die gefertigten Abgeordneten stellen daher an den Herrn Bundesminister
für Inneres die nachstehende

A n f r a g e :

Ist der Herr Bundesminister bereit, dem Hohen Haus die Gründe bekannt-
zugeben, die den Erlass der Polizeidirektion Wien und Bezirkshauptmannschaft
Baden mit dem Hinweis auf die Verordnung vom 13.3.1933 und die Rückziehung des
Erlasses für den Bereich der Polizeidirektion Wien notwendig machten ?

-.-.-.-